

„Wir müssen einen neuen Wertekonsens finden!“

Grußwort zur Eröffnung des 11. Bundeskongresses zur politischen Bildung am 12. März 2009 in Halle/Saale



Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident des Bundeslandes Sachsen-Anhalt

Herr Präsident Krüger! Herr Vorsitzender Professor Lange! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir eine Freude, dass ich Sie im Namen der Landesregierung von Sachsen-Anhalt zu Ihrem 11. Bundeskongress bei uns begrüßen darf.

Fortbestehende Verständnisprobleme

Es ist mir gesagt worden, dass Sie zum zweiten Mal in einem neuen Bundesland tagen. Und ich weiß, dass es zum ersten Mal bei uns in Sachsen-Anhalt ist. Sie kommen in eine Region, in ein Land in Deutschland, in dem politische Bildung schon seit Jahrzehnten eine große Rolle gespielt hat, allerdings mit völlig anderen Inhalten. Deswegen werden Sie, Herr Lange, hier wahrscheinlich mehr Reibungsflächen, die Sie gefordert ha-

ben, finden, als Sie sich vorgestellt haben. Denn ich gebe zu, dass wir in den neuen Bundesländern, auch wir in Sachsen-Anhalt, durchaus noch Verständnisprobleme für bestimmte Grundzusammenhänge der Demokratie haben.

Auch ich gehöre zu einer Generation, die gelehrt bekommen hat und gelernt hat, dass die Diktatur einer bestimmten Klasse die höchste erreichbare Form der Demokratie sei. Wenn man diese Form erreicht habe, könne man sich eigentlich zurücklehnen; denn dann sei die Entwicklung der Zivilisationsgeschichte auf ihrem Kulminationspunkt angekommen und somit abgeschlossen. Wir haben das schon immer nicht geglaubt, aber uns fehlten die Argumente, um deutlich dagegen zu sein. Heute wissen wir, dass uns vieles vorenthalten wurde, was längst bekannt war.

Die ganze Macht der Bildung

Bereits vor ungefähr 230 Jahren konnte man bei Montesquieu in seinem grundsätzlichen Werk „Vom Geist der Gesetze“ nachlesen, dass Diktaturen und Monarchien relativ einfache Staatsformen seien und sie lediglich die Demut und den Gehorsam der Bürger benötigen und dass die republikanische Staatsform die schwierigste sei; denn sie lebt vom Engagement der Bürger und sie wird zusammenbrechen, wenn dieses Engagement verloren geht.

Ich sage Ihnen ganz freimütig: Das sind Probleme, mit denen wir uns gegenwärtig herumschlagen, weil es auch aus anderen Gründen eine bestimmte Enttäuschung von der Demokratie, wie wir sie jetzt erleben, gibt. Wir müssen sehr darum besorgt sein, dass uns das Engagement der Bürger nicht verloren geht.

Deswegen sind uns diese Dinge wichtig. Bei Montesquieu kann man auch nachlesen, dass dieses republikanische, demokratische Staatssystem, die ganze Macht der Bildung benötigt. Später hat man von dem italienischen Philosophen Sartori erfahren können, dass die Demokratien nur dann lebensfähig sind, wenn sie von ihren Bürgern verstanden werden und wenn sich die Bürger in diesem System engagieren. Das alles sind keine neuen grundsätzlichen Erkenntnisse. Aber es sind Probleme, die uns in den neuen Bundesländern infolge der Entgrenzung im Alltag immer wieder Sorgen bereiten, nachdem wir in diese moderne Staatsform einbezogen worden sind und sich die Demokratie bei uns nicht nur formal aufbaut, sondern wir diese leben dürfen.

Verunsicherungen abbauen

Ich habe von Ihnen gehört, man könne sich zurücklehnen, die Demokratie sei gefestigt. Ich habe erlebt, dass es keine

Vielmehr ist die Demokratie ein Zustand, der immer wieder von jeder Generation neu erworben, gelebt und mit Leben ausgefüllt werden muss, wenn sie eine gefestigte Demokratie bleiben will.

gefestigten Demokratien gibt. Vielmehr ist die Demokratie ein Zustand, der immer wieder von jeder Generation neu erworben, gelebt und mit Leben ausgefüllt werden muss, wenn sie eine gefestigte Demokratie bleiben will.

Sie haben bei der Eröffnung des Kongresses gesagt, dass es Ihnen darum gehe, die Relevanz der Entgrenzung zu diskutieren. Ich sage Ihnen dazu: Die erste Relevanz, die wir erlebt haben, war eine hochgradige Verunsicherung. Dabei wird es nicht bleiben. Aber das ist eine Phase, an die man auf jeden Fall denken muss, der man Aufmerksamkeit widmen muss und die durchgestanden werden muss, wenn man neue feste

Strukturen in dieser Demokratie finden will.

Dass Demokratie vom Mitmachen, vom Einmischen, vom Engagement lebt



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Wolfgang Böhmer besuchen das Kinderkreativzentrum „Krokoseum“.

Foto: Thomas Härtrich/Bilddatenbank Sachsen-Anhalt

und dass dies gelernt und schon in der Schule eingeübt werden muss, sind Erfahrungen, die wir nun beinahe wöchentlich, um nicht zu sagen täglich, auf irgendeine Weise machen. Dazu gehört, dass jeder, der mitreden will, auch informiert sein muss. Ich bin als jemand, der eine ganz andere Ausbildung hat, manch-

mal darüber erstaunt, wie leicht die Meinungsbildung fällt, wenn man sich nicht mit zu viel Sachwissen belastet.

Erweiterung der Wahrnehmungsräume

Das sind Dinge, die auch eine Demokratie zumindest gelegentlich ins Schleudern bringen können. Es sind Dinge, mit denen man sich auch in Zeiten der Entgrenzung befassen muss.

Wir sind nicht die erste Generation, die eine Entgrenzung erlebt. Ich bin der Meinung, dass auch die Einführung der Buchdruckerkunst vor fast 500 Jahren

im deutschen Sprachgebiet zu einer Entgrenzung der Wahrnehmungsräume und zu einer erheblichen sozialen und politischen – von religiös wollen wir gar nicht reden – Veränderung geführt hat, die bedeutsame Spuren in unserer Zivilisations- und Staatsgeschichte hinterlassen haben.

Ich nehme einen Begriff auf, den ich von Ihnen mit Freude gehört habe. Die Erweiterung der Wahrnehmungsräume durch die modernen Informationstechnologien, die sich in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts entwickelt haben und die wir erst jetzt richtig erleben können, wird mit Sicherheit, so glaube

ich, sehr ähnliche Wirkungen haben und – das ist schon erlebbar – zu Verunsicherungen führen.

Diese Veränderung wird auch zu der Aufgabe führen, in diesen erweiterten Wahrnehmungsräumen neue Ordnungsschemata sowie neue Koordinatensysteme für die eigene innere Ordnung und auch für die Wertebildung – das haben Sie angesprochen – aufzubauen.

Entgrenzung der Wirtschaftsräume

Sie haben viele Dinge angesprochen, die wir gegenwärtig als problematisch erleben. Die Entgrenzung der politischen Ordnungsräume, also das, was wir in der Wirtschaft seit einigen Jahrzehnten als Globalisierung erleben, empfinden und mehr oder weniger deuten, hat dazu geführt, dass das, worauf Deutschland im Bereich der Wirtschafts- und der Sozialgeschichte einmal stolz war, nämlich die so genannte soziale Marktwirtschaft, überhaupt nicht mehr funktionieren kann. Die soziale Marktwirtschaft war und ist eine durch nationale Gesetzgebung sozialpflichtig organisierte Volkswirtschaft.

Eine nationale Gesetzgebung kann sich allerdings nur auf nationale Räume beziehen. Die Entgrenzung der Wirt-

schaftsräume, die Globalisierung, hat zwangsläufig dazu geführt, dass man die Sozialpflichtigkeit nicht mehr mit nationalen Gesetzen einfangen kann. Wir erleben die Konsequenzen dessen mit der Finanz-, und Wirtschaftskrise so deutlich, wie wir es uns gar nicht gewünscht und hätten vorstellen können.

Diese Entgrenzung der Räume wird uns dazu zwingen, einen neuen Ordnungsrahmen für die größeren Räume, auch für die Sozialpflichtigkeit einer globalisierten Wirtschaft, zu finden. Jeder, der an Konferenzen mit internationalem Publikum teilgenommen hat, weiß, wie mühsam es ist, dort Entscheidungen in kleinen Schritten vorzubereiten, einen Konsens zu finden und ihn dann umzusetzen.

Vergleichende Demokratielehre

Die Erweiterung dieser Wahrnehmungsräume betrifft auch den Umgang mit der Erfahrung anderer Staatsformen, auch anderer Demokratien. Ich weiß nicht, ob dies ein in der Wissenschaft aufgearbeitetes Problem ist. Ich kenne zumindest kein Buch und kein Werk, das sich mit der Phänomenologie der Demokratien befasst. Meiner Ansicht nach ist das notwendig. Wir haben Demokratien mit einem Mehrheitswahlssystem und Demokratien mit einem Verhältniswahlssystem. Das führt zu ganz erheblichen Konsequenzen und Unterschieden. Allerdings wird niemand der einen oder anderen Form absprechen, dass sie weniger demokratisch sei.

Wir kennen die Parlaments- und die Präsidialdemokratien. Präsidialdemokratien sind etwas völlig anderes als Parlamentsdemokratien. Wir erleben in Amerika und in Frankreich, dass es diesbezüglich erhebliche Unterschiede gibt. Aber niemand von uns wird sagen, das wäre eine schlechtere oder weniger gute Demokratie. Wenn man diese Diskussion mit politischen Vertretern aus den östlichen Ländern führt, die dabei sind, Demokratien aufzubauen, dann werden Sie erleben, dass sie sich eine straffe Präsidialdemokratie am Besten vorstellen könnten, weil sie sich von den vorange-

gangen Staatsformen nicht allzu sehr unterscheiden; das glauben sie zumindest.

Uns stellen sich auch andere Fragen. Allein die Diskussionen, die wir in Deutschland über die direkte oder die repräsentative Demokratie, über die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in demokratischen Strukturen führen oder die

Diese Entgrenzung der Räume wird uns dazu zwingen, einen neuen Ordnungsrahmen für die größeren Räume, auch für die Sozialpflichtigkeit einer globalisierten Wirtschaft, zu finden.

Diskussion darüber, wie viel Föderalismus sich ein Staat leisten kann, soll oder durfte und wie viel unitaristisches Staatsstrukturverständnis gut sei, sind ein abendfüllendes Programm.

Wenn Sie mit spanischen, französischen oder kanadischen Vertretern über die Kompetenzen der Comunidades, der Regionen oder der Provinzen reden, dann wird es ewig dauern, bevor man zu einem Konsens findet. Das müssen wir aushalten und uns diese Diskussionen zumuten. Wenn man – dies sei nur am Rande bemerkt – in Deutschland über die Kompetenzzuordnung des Bildungswesens spricht, dann erleben Sie ebenso spannende Diskussionen unter uns. Das alles sind Dinge, die zur politischen Bildung gehören, die eine Erweiterung unseres Wahrnehmungshorizontes bedeuten und die als Konsequenz zunächst eine Verunsicherung bedeuten. Sie verpflichten uns aber auch, neue Ordnungsstrukturen zu finden.

Suche nach einem neuen Wertekonsens

Sie haben – das war für mich interessant – auch die Erweiterung des Wahrnehmungshorizontes der Wertevorstellungen angesprochen. Sie sprachen von den Grenzen des Menschseins. Damit haben Sie ein Thema angesprochen, das eigentlich kein Thema nur unserer Generation ist. Das ist ein Thema, welches es in der gesamten Wissenschaftsgeschichte in veränderter Form immer wieder gegeben hat. Es führt dazu, dass Wissenschaft und Forschung immer wieder die Grenzen verändern. In diesem Zusam-

menhang darf ich an die unterschiedliche Gesetzgebung innerhalb Europas hinsichtlich der Stammzellforschung erinnern. Auch diese Fragen sind mit Entgrenzung verbunden.

In der Erweiterung unserer Grenzen müssen wir einen neuen Wertekonsens finden; denn es muss uns auch deutlich sein, dass eine innere Freiheit in einer Gesellschaft nur dann organisierbar ist, wenn diese Gesellschaft durch einen gemeinsamen Wertekonsens zusammengehalten wird. Wenn uns das nicht gelingt, dann ernten wir Misstrauen. Das heißt, immer mehr Regulierung, immer mehr Verordnungen, immer mehr Gesetzesdichte, weil wir uns nicht vertrauen.

Wenn wir ein freiheitliches Gemeinwesen aufbauen wollen, dann setzt das in einer entgrenzten Wahrnehmung einen gemeinsamen und uns Orientierung gebenden Wertekonsens voraus. Das sind Probleme, über die es sich nicht nur zu diskutieren und zu sprechen lohnt, sondern bei denen wir unter uns tatsächlich einen Konsens finden müssen. Die Themen, die mit der Entgrenzung verbunden sind, werden uns wahrscheinlich in der gesamten ersten Hälfte dieses Jahrhunderts mit immer neuen Fragestellungen beschäftigen.

20 Jahre nach dem Mauerfall

In diesem Jahr jährt sich der 20. Jahrestag des Mauerfalls. Diese Mauer hat nicht nur Deutschland getrennt, sondern Europa. Sie hat uns in unterschiedlichen Staatsdoktrinen mit unterschiedlichen Wertevorstellungen, getrennt. Dies in diesem Jahr als Thema Ihrer Veranstaltung zu wählen, ist sicherlich ein außerordentlich fruchtbarer Vorschlag gewesen, der auch während dieser Tagung zu spannenden Diskussionen führen wird. Diese wünsche ich Ihnen; denn solche Diskussionen tragen zur Förderung der eigenen Meinungsbildung bei. Und die brauchen wir alle – in den neuen Bundesländern in ganz besonderer Weise. Deswegen seien Sie uns herzlich willkommen. Ich wünsche Ihnen spannende Tage und Erfolg.